

Protokollauszug aus der 45. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport vom 15.01.2019

öffentlich

Top 3.6 Verringerung der Beeinträchtigungen durch Kampfmittelberäumung 18/SVV/0875 abgelehnt

Herr Wollenberg bringt den Antrag ein und verweist auf die Gespräche im letzten Ausschuss.

Frau Aubel informiert, dass die nochmalige Absprache mit der Schulleiterin des Humboldt-Gymnasiums, Frau Dr. Gnad, stattgefunden habe.

Der Schule sei bewusst, dass es in der nächsten Zeit vermehrt zu Evakuierungen aufgrund von Bombenentschärfungen im Umkreis der Schule kommen könne. Ein Konzept wird seitens der Schulleitung weiterhin nicht für erforderlich gehalten.

Gegebenenfalls können, durch finanzielle Unterstützung seitens der Stadt für die Zeit der Sperrungen, Kinobesuche mit Bildungsinhalt oder ähnliches durchgeführt werden.

Falls in dieser Zeit Klausuren geschrieben werden, müsse man Ausweichräume finden. Hierzu liegt bereits ein Angebot zur Nutzung eines Schulgeländes außerhalb von Potsdam.

Eine Liste, welche Ausweichstandorte für Potsdamer Schulen in solchen Fällen zur Verfügung stehen, werde in Abstimmung mit den Schulen erarbeitet.

Herr Sima merkt an, dass man sich auch Gedanken über andere mögliche Problemsituationen machen müsse, wie beispielsweise Schulausfall durch starke Schneefälle, wie es aktuell in Bayern der Fall sei. Vielleicht könne man sich mit anderen Bundesländern über die Erfahrungen mit solchen Situationen austauschen.

Frau Aubel berichtet, dass sie sich auch diesbezüglich mit Frau Dr. Gnad ausgetauscht habe. Durch die Digitalisierung seien bspw. auch digitale Unterrichtsmethoden mittlerweile möglich.

Herr Adler fragt, ob es Abstimmungsgespräche mit der Stadt Oranienburg gab, da dort ebenfalls zahlreiche Bombenentschärfungen durchgeführt werden.

Frau Aubel informiert, dass es bisher keinen Kontakt mit der Stadt Oranienburg gab. Dies könne man in Zukunft gerne organisieren.

Herr Keller merkt an, dass der Krankheitsstand in der Lehrerschaft der Schulen viel häufigere Schulausfälle zur Folge habe.

In Einzelfällen habe man in der Vergangenheit im Falle von Sperrungen der Schulen immer Ausweichmöglichkeiten für die Schülerinnen und Schüler gefunden. Die Erarbeitung eines Konzeptes sei daher nicht zwingend notwendig.

Herr Wollenberg schlägt vor, den Antrag abzuwandeln und statt eines Konzeptes die von Frau Aubel angesprochene Liste von Maßnahmen vorzulegen.

Frau Naundorf merkt an, dass man Vertrauen in die Schulleitungen und die Verwaltung legen sollte, in solchen Fällen eigene Lösungen zu finden.

Herr Ziebarth spricht sich ebenfalls gegen die Erstellung eines Konzeptes aus.

Herr Wellmann ergänzt, dass die Verwaltung für solche Situationen gut aufgestellt sei und gute Lösungsansätze vorhanden sind.

Die inhaltliche Organisation, also was getan wird, um gegebenenfalls versäumten Schulstoff nachzuholen, sei wichtig. Dies sei Sache der Schule beziehungsweise des Landes.

Frau Schkölziger hält Verständigungen im Vorfeld für sinnvoll. Sie wird das Thema auch in die Eltern- und Schulgremien geben, damit man sich an den Schulen miteinander verständigt.

Der Antrag wird wie folgt geändert zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Abstimmung ~~mit dem Kampfmittelräumdienst und weiteren~~ **mit den** beteiligten Stellen eine ~~Konzept~~ **Liste von Maßnahmen** vorzulegen, wie die Beeinträchtigungen insbesondere öffentlicher Einrichtungen wie Schulen bei der Kampfmittelberäumung größerer Bauflächen mit vielen Verdachtsstellen verringert werden können. Der SVV ist im ~~Januar~~ **April** 2019 Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	0

Der Antrag wird vom Ausschuss für Bildung und Sport **abgelehnt**.